

Unabhängiger Monitoringausschuss  
zur Umsetzung der UN-Konvention über die  
**Rechte von Menschen mit Behinderungen**  
**MonitoringAusschuss.at**

**ÖAR 1010 Wien, Stubenring2,  
17.05.2011 09:30 bis 12:30 Uhr**

**Vorsitz:** Marianne Schulze

**Mitglieder des Ausschusses:**

*Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Christina Meierschitz  
Marianne Schulze  
Silvia Weissenberg  
Christina Wurzinger

*Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:*

Erwin Riess

*VertreterIn aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:*  
entschuldigt

*Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:*

Ursula Naue

**Ersatzmitglieder des Ausschusses:**

*VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Ruth Renée Kurz  
Martin Ladstätter  
Heinz Trompisch  
Markus Wolf

**BMASK:**

Waltraud Palank-Ennsmann  
Wolfgang Iser

**BSB:**

Silvia Kutrowatz

**Resümeeprotokoll**

Tagesordnung liegt vor. Weiters Entwürfe zu den Stellungnahmen „Arbeit und Beschäftigung“ und „Assistierende Technologien und unterstützte Kommunikation“.

**1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird genehmigt. Die Vorsitzende begrüßt das neu bestellte Mitglied Erwin Riess.

**2. Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 28. April 2011**

Der Umlaufbeschluss des Protokolls der letzten Sitzung wird dokumentiert.

### **3. Begutachtung Pflegegeldreformgesetz 2010**

Der Beschluss der Stellungnahme im Umlaufwege wird dokumentiert.

### **4. Nachbesprechung öffentliche Sitzung Innsbruck**

Die Anwesenden kommen überein, dass die Sitzung als gelungen bezeichnet werden darf. Die Vorsitzende berichtet über davor und danach stattgefundene Termine mit den Ämtern der Vorarlberger und Tiroler Landesregierungen.

Das Büro berichtet von der am 12.05.11 stattgefundenen Sitzung der Arbeitsgruppe des BMASK und der Länder über eine mögliche bundesweite Harmonisierung der Vorschriften zur und eine flächendeckende Umsetzung von Persönlicher Assistenz. Nach Konsolidierung der Arbeitsgruppe und Präzisierung des Arbeitsauftrags durch die LandessozialreferentInnenkonferenz sei eine Einbeziehung von NGOs geplant. Weiters sei eine Einladung an die Vorsitzende ergangen, an einer Sitzung teilzunehmen. Das Büro wird beim BMASK anfragen, warum das BSB als erfahrener Kostenträger in diesem Bereich nicht in die Arbeitsgruppe aufgenommen wurde.

### **5. Stellungnahmen**

#### **a. Arbeit und Beschäftigung**

Der überarbeitete Entwurf wird vorgestellt und weiter bearbeitet. Nach Eingehen weiterer besprochener Textbausteine soll der neuerlich überarbeitete Entwurf in der nächsten Sitzung weiter diskutiert und dann beschlossen werden.

#### **b. Assistierende Technologien und unterstützte Kommunikation**

Der überarbeitete Entwurf wird weiter bearbeitet und beschlossen. Die Vorsitzende wird über Ersuchen des abwesenden Herrn Trimmel noch einen Absatz über Entwicklungszusammenarbeit einfügen. Nach Abschluss der Endredaktion soll die Stellungnahme übermittelt werden an:

BMWF (Abt. L/II/4) mit dem Ersuchen, die Stellungnahme auch an alle Technische Universitäten weiterzuleiten,

das BMUKK

das BMVIT

die BehindertensprecherInnen aller im Nationalrat vertretenen Parteien.

Das Büro wird ersucht, bei der Versendung der Stellungnahme darauf hinzuweisen, dass der Ausschuss plant, dieses Thema in einem Follow-up in seiner Oktober-Sitzung neuerlich zu behandeln, wozu die AdressatInnen der Stellungnahme eingeladen seien (ab 09:30).

### **6. Anwesenheit bei Ausschusssitzungen**

Die Anwesenden kommen überein, dass ein Anwesenheitsquorum bei den Ausschusssitzungen von 50 % bei Hauptmitgliedern jedenfalls wünschenswert wäre. Weiters wird erinnert, dass es in der Verantwortung des jeweils verhinderten Mitglieds liegt, unaufgefordert das jeweilige Ersatzmitglied zu verständigen.

## 7. Vergaberecht Richtlinien Barrierefreiheit

Die Vorsitzende berichtet, dass ihr im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung einer Leistung durch den Bund eine Rahmenvereinbarung zugegangen sei, in der zu problematisierende Begrifflichkeiten von Diversität und Barrierefreiheit verwendet würden. Es handle sich um die Ausschreibung der Leistung fit2work.

Die Vertreterin des BSB stellt das Projekt fit2work, dessen Ausschreibung durch das BSB in Zusammenarbeit mit der Bundesbeschaffung GmbH und der Arbeitsmarktsektion des BMASK erfolgte, kurz vor.

Die Anwesenden kommen überein,

dass es anzustreben wäre, dass die MitarbeiterInnen von Leistungserbringern im Bereich Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen Mindeststandards in Bezug auf Diversity-Know-how und Kenntnisse der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen aufweisen müssen.

dass es in allen Bereichen, wo sich öffentliche Rechtsträger zur Leistungserbringung Dritter bedienen (Beschaffung, Vergabewesen), Mainstreaming-Standards von Barrierefreiheit in ihren vier Dimensionen geben muss, die verbindlich einzuhalten sind. Dies ist in entsprechenden Gesetzen und Richtlinien zu verankern.

Maßgebliche AkteurInnen wären hier wohl das BMASK vom inhaltlichen Know-how her sowie BKA und BMF für die Mainstreaming-Bereiche.

Die Vorsitzende wird einen Entwurf für eine „Checklist zu den Grundprinzipien der Konvention“ ausarbeiten, der zunächst an einen kleinen Verteiler zur Ergänzung übermittelt wird. Es wird in der nächsten Sitzung oder im Umlaufwege berichtet werden.

## 8. Beobachterstatus für Monitoringausschuss im europäischen Netzwerk

Die Vorsitzende berichtet über einen im April ergangenen Beschluss, an den Sitzungen des Netzwerks als nicht stimmberechtigter Beobachter teilzunehmen. Die nächste Sitzung sei für das nächste „Work Council“ im November in Brüssel geplant.

## 9. Planung nächste Schwerpunkte

### a. Begutachtung Nationaler Präventionsmechanismus

Die Vorsitzende berichtet von der demnächst in Begutachtung gehenden Gesetzesänderung, durch die durch eine Angliederung des derzeit beim BMI angesiedelten Menschenrechtsbeirats die Standards des Zusatzprotokolls zur Anti-Folterkonvention (OPCAT) umgesetzt werden sollen. In diesem Zusammenhang wäre wohl neuerlich die Schaffung von Behörden im Sinne des Art. 16 Abs. 3 CRPD einzufordern.

### b. Stellungnahme Persönliche Assistenz

Diese sollte spätestens im Juni finalisiert werden.

### c. Vorbereitung nächste öffentliche Sitzung

Die Sitzung zum Sachwalterschaftsrecht sollte zeitlich mit einem Arbeitswochenende von SelbstvertreterInnen-Organisationen Ende Oktober akkordiert werden (also einige Wochen danach stattfinden). Ein Diskussionspapier sollte bis Ende September vorliegen. Die öffentliche Sitzung im November solle ganztägig sein und auch die Möglichkeit zum Ausarbeiten von „Gegenmodellen“ einschließen. Inhaltlich soll eng mit dem BMJ zusammengearbeitet werden.

### d. Skizze zu Stellungnahme CRPD Komitee/Genf

Diese sollte spätestens Anfang Herbst vorliegen.

### e. Nachverfolgung: Bildungs- und Kindergartenpflicht SN

Entsprechende Termine mit BMUKK und BMWFJ sollten ins Auge gefasst werden.

### f. Studie der Menschenrechtskommissarin

Zu dieser Studie auf Basis der Resolution 16/15 des Menschenrechtsrats mit dem Schwerpunkt Partizipation sollte Stellung genommen werden (Frist voraussichtlich Sept. 2011).

## 10. Bericht über Veranstaltungen und Termine im März und April

Die Vorsitzende berichtet von diversen Veranstaltungen:

Treffen mit Hofer vom BMASK (insb. zum NAP; solche Treffen sollen künftig regelmäßig stattfinden)

Inklusionstagung Salzburg

Lebenshilfe Salzburg

Management Center Innsbruck

Exit Sozial OÖ

## 11. Termine nächste Sitzungen

Mo. 27.06.2011, 13:00 bis 17:00, ÖAR

Di. 13.09.2011, 09:00 bis 13:00 Uhr, Saal IV im BMASK

Di. 04.10.2011, 09:00 bis 13:00 Uhr, Saal III im BMASK

November 2011 öffentliche Sitzung zum Thema Sachwalterschaft in Wien

## 12. Allfälliges

Das Büro berichtet vom Fortschreiten der Erhöhung der Barrierefreiheit-Standards der Website (Gebärdensprach-Videos, Leichter-Lesen-Fassungen). Die österreichische LL-Fassung des Konventionstextes steht mittlerweile auf der Website.

Ein Antwortschreiben des BMG zur Urgenz einer Clearingstelle ist eingegangen, im September gebe es dazu auch einen Termin mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Das Büro berichtet von einem Dankeschreiben des Büros des 3. Nationalratspräsidenten zur Gewalt-Stellungnahme.

Kürzlich hat Kolumbien als 100. Unterzeichnerstaat die Konvention ratifiziert.

Marianne Schulze  
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg  
(Schriftführerin)